

Initiativgruppe „BLEIBERECHT IN RHEINE“

Stadtjugendring Rheine e.V. Neuenkirchener Str.22 48431 Rheine

An den
Integrationsrat der Stadt Rheine
Vorsitzender Herrn Kamal Kassem
über die Fachgruppe Migration
Matthiasstr. 37

48431 Rheine

**Geschäftsstelle und
Schulungszentrum**
Neuenkirchener Str. 22
48431 Rheine

Tel.: 05971/2286
Fax.: 05971/14247

E-Mail: info@sjr-rheine.de
www.sjr-rheine.de

Stadtsparkasse Rheine
Konto - Nr. 76 406
BLZ 403 500 05

26.02.2009

Antrag an den Rat der Stadt Rheine - Beschluss einer Resolution zu einer humanitären Bleiberechtsregelung hier: Empfehlung des Integrationsrates an den Rat diese Resolution zu beschließen.

***Sehr geehrter Herr Kassem,
sehr geehrte Mitglieder des Integrationsrates!***

Die Initiativgruppe „Bleiberecht in Rheine“ und der Arbeitskreis „Toleranz und Bleiberecht Rheine“ wollen dem Rat der Stadt Rheine einen Antrag vorlegen, in dem der Rat der Stadt Rheine eine Resolution für eine humanitäre Bleiberechtsregelung beschließen soll.

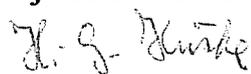
Die Mitglieder der Initiativgruppe „Bleiberecht in Rheine“ würden sich sehr darüber freuen, wenn der Integrationsrat der Stadt Rheine diesen Antrag mit unterstützt und eine Empfehlung an den Rat verabschiedet, diese Resolution zu beschließen.

Es wäre gut, wenn die Ratsmitglieder vieler Städte diese Resolution beschließen und die Resolution an die entsprechenden Stellen weiterleiten würden. Der Rat der Stadt Münster hat eine Resolution im gleichen Wortlaut am 11.02.2009 einstimmig verabschiedet. Die Kreisinitiative „Bürgerinnen und Bürger des Kreises Steinfurt für Humanität und Bleiberecht“ hat einen Antrag im gleichen Wortlaut an den Kreistag Steinfurt gestellt.

Wir schicken Ihnen den Antrag zu, mit der Bitte, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Integrationsratssitzung im März mit aufzunehmen und eine Empfehlung des Integrationsrates für den Beschluss der Resolution an den Rat der Stadt Rheine zu formulieren.

Für die Unterstützung des Integrationsrates der Stadt Rheine bedanken wir uns im Voraus.
Bei Rückfragen können Sie uns gerne ansprechen.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Hans-Georg Hüske

- Begleitung der Initiativgruppe -

Anlage

Antrag der Initiativgruppe „Bleiberecht in Rheine“ und des „Aktionskreises Toleranz und Bleiberecht Rheine“ an den Rat der Stadt Rheine

Der Rat der Stadt Rheine möge folgende Resolution beschließen:

Hier geboren, hier lebend — hier zuhause: Die Stadt Rheine macht sich für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen stark!

Den Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland geflohen sind und in der Stadt Rheine eine neue Bleibe gefunden haben, muss eine rechtssichere und damit humanitäre Bleiberechtslösung geboten werden. Dies gilt insbesondere für langjährig hier mit Duldungsstatus lebende Menschen.

Die so genannte Altfallregelung zum Bleiberecht vom August 2007 macht es erforderlich, dass die Menschen, die in Deutschland nur geduldet sind, sich jedoch bereits seit acht bzw. als Familie seit sechs Jahren hier aufhalten, am Stichtag, dem 31.12.2009, nachweisen können, dass sie in den letzten 30 Monaten überwiegend bzw. mindestens seit dem 01. April 2009 ohne öffentliche Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dies ist für viele jedoch wegen struktureller Barrieren unmöglich.

Vor dem Hintergrund des Ablaufs der Altfallregelung beschließt der Rat der Stadt Rheine:

- Der Rat der Stadt Rheine stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu geführt haben, dass der Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen ein wirksames Bleiberecht erhielt.
- Der Rat der Stadt Rheine appelliert daher an den Deutschen Städte- und Gemeindebund, den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich für eine kurzfristige Nachbesserung der Bleiberechtsregelung einzusetzen. So muss sofort der Zeitraum der Altfallregelung deutlich verlängert werden!
- Der Rat der Stadt Rheine appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städte- und Gemeindebund, den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagregelung enthält.
- Der Rat der Stadt Rheine begrüßt, dass inzwischen das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aufgelegt wurde, um die Integration von langjährig hier lebenden geduldeten Menschen zu unterstützen.

Begründung

Es zeichnet sich ab, dass bei einem Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen die Altfallregelung nicht dazu führt, dass sie ein wirksames Bleiberecht erhalten.

Alle, die zum Stichtag die Kriterien nicht erfüllen, bleiben weiter nur geduldet. Neue Geduldete werden hinzukommen und können von vornherein nicht von der Regelung profitieren. Damit wird es wieder zu Kettenduldungen kommen. Deshalb ist eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung ohne Stichtagregelung sinnvoll.

Damit möglichst viele geduldete Menschen von der jetzigen Bleiberechtsregelung profitieren können, muss sie kurzfristig nachgebessert werden. Die Gründe für das Nichtgreifen der Regelung sind vielfältig (Zeiträume und zeitliche Bedingungen sind zu kurz, strenge Ausschlusskriterien, Bewilligungspraxis). Genannt seien hier nur: die aktuelle Wirtschaftskrise, der große Billiglohnsektor, bei dem mit ALG II aufgestockt werden muss (Allein der Anspruch auf ALG II ist für die Berechnung des Einkommens lt. Bleiberecht "schädlich".) und die Tatsache, dass unbefristete Verträge schwer zu erreichen sind.

Fazit: Viele Geduldete werden bis zum 01.04.2009 keine Möglichkeit haben, ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu beginnen, darunter insbesondere Menschen, die eine Familie versorgen müssen. Damit werden sie am Stichtag die Voraussetzungen nicht erfüllen, der Stichtag muss sofort nach hinten verschoben werden.

Das angeführte Bundesprogramm, das sich seit Ende 2008 / Anfang 2009 in der Umsetzung befindet, wird voraussichtlich nicht dazu führen, dass der betroffene Personenkreis die Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllt. Dennoch ist das Bundesprogramm für diesen Personenkreis aber eine große Hilfe, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

gez. Mitglieder der Initiativgruppe Bleiberecht in Rheine

gez. Mitglieder des Arbeitskreises Toleranz und Bleiberecht Rheine